



Abstimmung vom 18.5.2014

Mindestlohn-Initiative beschert der Linken eine herbe Niederlage

**Abgelehnt: Volksinitiative «Für den Schutz fairer
Löhne (Mindestlohn-Initiative)»**

Silas Schweizer

Empfohlene Zitierweise: Schweizer, Silas (2019): Mindestlohn-Initiative beschert der Linken eine herbe Niederlage. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) lanciert im Januar 2011 die Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)“. Nur gut die Hälfte der Geringverdiener (weniger als 3500 Franken Monatslohn brutto) seien einem GAV (Gesamtarbeitsvertrag) unterstellt. Eine Volksinitiative müsse helfen, diese „Landplage“ zu bekämpfen, lässt der SGB in einer Medienmitteilung verlauten. Im März 2012 wird das Volksbegehren mit 112 712 gültigen Unterschriften eingereicht.

Im Januar 2013 äussert sich der Bundesrat zum Ansinnen des Gewerkschaftsbunds. Er findet die Ziele der Vorlage (die Bekämpfung von Lohn-dumping und Armut) zwar lobenswert, bekundet aber Zweifel an der Wirksamkeit der Initiative. Die Sozialpartnerschaft würde für adäquate Löhne in den einzelnen Regionen und Branchen sorgen, was eine Stärke der Schweizer Wirtschaft sei. Durch ein starres Lohndiktat vom Staat würde diese Partnerschaft hingegen geschwächt.

Bei den Verhandlungen im Ständerat zeichnet sich ein Links-Rechts-Graben ab: Die gewerkschaftsnahen Sozialdemokraten Christian Levrat und Paul Rechsteiner betonen, dass viele Vollzeit-Arbeitende von der Sozialhilfe abhängig seien, was „kein Zustand“ sein könne. Eine Mindestlohnvorschrift sei deshalb „eine soziale Notwendigkeit“. Die Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Parteien entgegneten, dass die Initiative den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz torpedieren würde. Pankraz Freitag (FDP, GL) moniert, die Vorlage würde „am Wohlstandsast sägen“. Die Bürgerlichen können sich schliesslich durchsetzen und der Rat lehnt die Initiative mit 31 zu 13 Stimmen ab.

Im Nationalrat verläuft die Debatte nach einem ähnlichen Muster. Auch hier verweisen die Bürgerlichen auf die Sozialpartnerschaft und warnen vor den Folgen für die Wirtschaft. Der Berner SP-Vertreter Corrado Pardini macht darauf aufmerksam, dass die von den Bürgerlichen gelobte Sozialpartnerschaft nur die Hälfte der Arbeitnehmenden umfasse, weil die andere Hälfte eben keinem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sei. Auch der Nationalrat lässt sich allerdings nicht von der Notwendigkeit eines Mindestlohnes überzeugen. Die Volksvertreterinnen und -vertreter empfehlen die Initiative mit 128 zu 59 Stimmen zur Ablehnung.

GEGENSTAND

Die Initiative will den Bund und die Kantone verpflichten, die Löhne zu schützen und einen gesetzlichen Mindestlohn festzulegen. Eine Zahl wird im Initiativtext nicht genannt, in der Diskussion um die Initiative fordern die Gewerkschaften aber 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Auch im Abstimmungskampf verlaufen die Fronten nach dem Links-Rechts-Schema. Die SP, die GPS, die PdA, die CSP und sämtliche Gewerkschaften fassen die Ja-Parole, während die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände die Initiative bekämpfen.

Die Gegnerinnen und Gegner warnen vor negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Sie prophezeien den Verlust von Arbeitsplätzen, falls die Vorlage angenommen werden sollte.

Die Befürworterinnen und Befürworter machen auf die Ungleichheit aufmerksam, die WOZ berechnet den Stundenlohn der Economiesuisse-Vorstandsmitglieder und kommt auf 1585 Franken. Häufig genannt wird zudem das Argument, dass Personen die 100% arbeiten von ihrem Lohn leben können sollten, erst recht in einem reichen Land wie die Schweiz.

Die Analyse der Abstimmungsinsereate in den Printmedien ergibt, dass zur Mindestlohninitiative deutlich mehr Inserate geschaltet werden als zu den anderen Vorlagen über die am gleichen Sonntag abgestimmt wird (vgl. Vorlagen 581, 582, 584). Die Gegenkampagne nimmt dabei wesentlich mehr Raum ein, schaltet sie doch mit 1011 Inseraten rund drei Mal mehr Werbebotschaften als die Befürworterinnen und Befürworter (Bernhard 2014).

ERGEBNIS

Die Abstimmung wird zu einem eigentlichen Debakel für die Linke: Lediglich 23,7% der Stimmberechtigten nehmen die Initiative an. In keinem Kanton kommen die Befürworterinnen und Befürworter auf mehr als 35% der Stimmen.

In der Folge entbrennt eine Diskussion, ob die Volksinitiative das richtige Instrument für solche Anliegen sei, seien doch bisher alle wirtschaftspolitischen Vorlagen aus dem linken Lager abgeschmettert worden. Der SGB verweist allerdings auf die indirekten Erfolge von Volksbegehren. So hätten einige Unternehmen bereits während des Abstimmungskampfes ihre Löhne angepasst und die Zahl von 4000 Franken pro Monat habe sich als Richtwert etabliert.

Laut der Vox-Analyse sprachen sich lediglich Personen, die sich der äusseren Linken zuordnen, mehrheitlich für die Initiative aus. Gemässigte Linke lehnten das Begehren dagegen zu 60% ab. Anhängerinnen und Anhänger der bürgerlichen Parteien verwarfen die Vorlage noch deutlicher. Das Hauptmotive zur Ablehnung der Volksinitiative war die Angst vor negativen Folgen für die Wirtschaft.

QUELLEN

Bernhard, Laurent (2014). *APS-Inserateanalyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18. Mai 2014*. Bern: Année Politique Suisse.

Bernhard, Laurent, Debora Scherrer, David Zumbach (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: initiative populaire intitulée « pour la protection de salaires équitables », 2011-2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 31.8.2017.

Bürgisser, Reto, Thomas Kurer, Thomas Milic, Denise Traber und Thomas Widmer (2014). *VOX 115. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Mai 2014*. Bern, Zürich: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Economiesuisse (2013). *Mindestlöhne auf dem Prüfstand. dossierpolitik Nummer 15 vom 25.11.2013*. Zürich: economiesuisse.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2009). *Klarer Grundsatzentscheid für Mindestlohn-Initiative. Medienmitteilung vom 9.11.2009*. Bern: SGB.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2014). *Trotz Nein an der Urne: Tieflohnpolitik hat keine Zukunft. Medienmitteilung vom 18.5.2014*. Bern: SGB.

Pressebeiträge: Die Wochenzeitung vom 8.5.2014 und vom 22.5.2014.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 18.5.2014 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 13.014).

Bundesblatt: BBl 2013 1211.